

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Harmonis-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 kr. für eine jede einmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

Laibacher Zeitung.

Pränumerations-Anzeige.

Für die Monate März — Juni l. J. ist auf die „Laibacher Zeitung“ ein Abonnement eröffnet worden.

Der Preis für die Zeit vom 1. März bis Ende Juni beträgt für ein Exemplar im Zeitungs-Comptoir: 3 fl. 67 kr. öst. W.; mit Post unter Kreuzband portofrei: 5 fl. öst. Währ.

Amtlicher Theil.

Der Minister des Innern hat im Einverständnisse mit dem Justizminister den Bezirksamts-Kanzlisten Friedrich Pengg zum Grundbuchsführer in Steiermark ernannt.

Der Minister des Innern hat im Einverständnisse mit dem Justizminister den Bezirksamts-Aktuar Adolf Haller zum Bezirksamts-Adjunkten in Kroatien und Slavonien ernannt.

Der Justizminister hat den Hilfsämter-Direktions-Adjunkten des Komitatsgerichtes zu Essek, Andreas Uković, zum Hilfsämter-Direktor bei dem Komitatsgerichte zu Warasdin ernannt.

Der Justizminister hat den Grundbuchsführer bei dem gemischten Bezirksamte in Reg. Rajetan Pauer, zum Grundbuchsführers-Adjunkten bei dem Grundbuchsamte des Wiener Landesgerichtes ernannt.

Der Justizminister hat dem Grundbuchsführer des Koliner Bezirksamtes, Josef Schweißl, die provisorische Grundbuchsführerstelle bei dem Bezirksgerichte in Hohenmauth verliehen.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat die geprüften Lehramts-Kandidaten Ernest Guad und Westprießter Johann Valle, zu wirklichen Lehrern mit der Bestimmung für die venetianischen Staats-Gymnasien ernannt.

Das Handelsministerium hat die Wahl des Andreas Haase Edlen von Wranau zum Präsidenten und des Fabrikanten Klemens Bachosen zum Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Prag bestätigt.

Heute wird ausgegeben und versendet: das Landes-Regierungsblatt für das Herzogthum Krain, Erster Theil, XII. Stück, XI. Jahrgang 1859.

Inhalts-Übersicht:

A.

Nr. 66. Ministerial-Erklärung vom 5ten Jänner 1859, ausgewechselt gegen eine gleichlautende Erklärung des kaiserlich preussischen Kabinet-Ministeriums zu Detmold dd. 22. Dezember 1858, über die Behandlung des beweglichen Nachlasses der, in dem einen Staate verstorbenen Unterthanen des andern Staates.

Nr. 67. Verordnung der k. k. Ministerien der Justiz und der Finanzen vom 19. Jänner 1859, womit hinsichtlich der Bestreitung der Kosten für die, nach den §§. 139 und 161 der Notariats-Ordnung vom 21. Mai 1855, Nr. 94 R. G. B., vorzunehmenden Untersuchungen der Amtsführung der Notare, nähere Bestimmungen getroffen werden.

Nr. 68. Verordnung der k. k. Ministerien des Innern, der Finanzen, des Handels und der k. k. Militär-Zentral-Kanzlei. Seiner Majestät des Kaisers vom 30. Jänner 1859, über die Beschränkung der Ausfuhr von Pferden.

B.

Nr. 69—73. Inhaltsanzeige der unter den Nummern 18, 19, 21, 22 und 23 des Reichs-Gesetz-Blattes vom Jahre 1850 enthaltenen Erlässe.

Laibach den 26. Februar 1859.
Vom k. k. Redaktions-Bureau des Landes-Regierungs-Blattes für Krain.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 26. Februar. Aus dem Rechnungsabschlusse der Laibacher Sparkasse ergibt sich, daß diese Anstalt am 31. Dezember 1858 ein Vermögen von 2,739,508 fl. 31 kr. W. W. verwaltete, und an diesem Tage 11,161 Interessen gezahlt hat.

Das gesammte Einlags-Kapital, welches am Schlusse des Jahres 1857 2,022,365 fl. 51 kr. betragen hat, und sich am Ende Dezember 1858 mit Hinzuschlagung der nicht erhobenen Interessen auf 2,526,815 fl. 25 kr. gestellt hat, erhöhte sich also im Jahre 1858 um 504,449 fl. 34 kr.

Es wurden nämlich im Laufe dieses Jahres von 7402 Parteien und mit Hinzuschlagung der für das Jahr 1858 fälligen 4 perzentigen Zinsen pr.

737,517 fl. 19 fr.
87,142 fl. 46 fr.
zusammen 824,660 fl. 5 fr.
320,210 fl. 31 fr.

eingelegt, und an 3349 Parteien an Kapital und Zinsen

zurückbezahlt, woraus sich ergibt, daß nicht nur die Zahl der einlegenden Parteien, jene, an welche Rückzahlungen im Laufe des Jahres 1858 geleistet wurden, um 4053 überstiegen, sondern, daß auch das Einlagskapital sammt den nicht erhobenen Zinsen in diesem Jahre sich um die oben angeführte Summe pr. 504,449 fl. 34 kr. erhöht hat.

Zur Sicherstellung des sämmtlichen Einlags-Kapitals der Sparkassa-Interessenten pr. 2,526,815 fl. 25 kr. dienen folgende Hypothesen:

1. Die Darlehen auf Realitäten im Betrage von 1,109,957 fl. 26 fr.
2. Pfandbriefe der österr. National-Bank im Betrage von 733,657 fl. 9 fr.
3. Die Vorschüsse auf Staatsschuldverschreibungen u. c. 529,806 fl. 27 fr.
4. Das Darlehen an das Pfandamt 72,600 fl. — fr.
5. Die Kassa-Verschaft 82,549 fl. 46 fr.

Das eigenthümliche Sparkassa-Kapital endlich welches nach dem 36. §. der Statuten als Reservefond für allfällige Verluste zu dienen hat, erhielt im Jahre 1858 aus den eigenen Erträgen und aus den Zinsenüberschüssen des Interessenten-Kapitals nach Bestreitung sämmtlicher Regie- und sonstigen Ausgaben einen bedeutenden Zuwachs, und stellt sich am Ende des Jahres 1858 auf den Betrag von 207,812 fl. 41 kr. W. W., wie aus dem, der beiliegenden „Laibacher Zeitung“ beiliegenden Rechnungsabschlusse für das Jahr 1858 zu sehen ist.

Correspondenzen.

Graz, 23. Februar.

△ In der Sitzung der Handels- und Gewerbekammer vom 26. Dezember v. J. hatte das zur Regulierung des Straßenwesens gebildete Comité seinen Bericht erstattet, nach welchem das Hauptmerid. warum die Bezirksstraßen den Bedürfnissen nicht entsprechen, als in der ungleichmäßigen Vertheilung der Lasten des Straßenbaues gelegen, bezeichnet wird, weshalb das Comité eine gänzliche Aenderung des bisherigen Straßensystems beantragte. Die dem ganzen Lande zum Vortheile gereichenden Straßen sollten als Landesstraßen erklärt und die Kosten aus einem zu gründenden Landesfonde bestritten werden. Diese Anträge, zum Beschlusse erhoben, wurden durch eine Deputation Hr. Erzelenz dem Herrn Statthalter vorgetragen, worauf in der Sitzung der Handels- und Gewerbekammer vom 6. d. Mts. die von Hr. Erzelenz auf dieses Einschreiten erslossene Erledigung bekannt gemacht wurde, worin Hochselber mit Hinweisung auf die in den letzten Jahren hierlands im Straßenwesen geschehenen vielseitigen Verbesserungen die Eröffnung macht, daß unter Einem an die Kreis-

Vorsteher die Weisung erlassen werde, selbst und im Wege der Bezirksämter thätig zu wirken, daß die hiesigen Straßen in einen Zustand versetzt werden, welcher allen billigen Anforderungen zu genügen geeignet ist. Schließlich bedauert Hr. Erzelenz mit Rücksicht auf die dermalige Vertheilung auf den von der Handels- und Gewerbekammer gestellten speziellen Anträge nicht eingehen zu können. — Weiters berichtete in dieser Sitzung das Comité für die Errichtung einer gewerblichen Sonntagsschule — über welches gemeinnützige Institut ich Ihnen schon in meinem letzten Schreiben berichtete — daß nunmehr, da die nöthigen Subskriptionsbeträge zur Deckung dieser Schule pr. 1600 fl. eingegangen sind, dieses Bildungs-Institut ins Leben treten könne. Als wichtig verdient noch erwähnt zu werden, daß beschlossen wurde, bei der k. k. Statthaltereie einzuschreiten, daß die beschleunigte Erledigung der bereits im Juli 1858 überreichten Bitte um Bewilligung zur Subskriptions-Ausschreibung für die zu errichtende Handelsakademie höherer Orts erwirkt werden möge, und schließlich, daß ein Comité eingesetzt wurde, um die Beschwerden in Betreff des Frachten-Tarifes auf der Südbahn zu prüfen und Anträge

wegen Wiederaufnahme des Leihgeschäftes bei der Zillial-Leih-Anstalt in Graz zu stellen.

Die gestrige „Grazzer Zeitung“ bringt von dem in unserer Mitte lebenden, sowohl als Dichter wie als Mensch allgemein geachteten Hosi, einen Aufruf an die Bewohner unserer Landeshauptstadt und beziehungsweise an die ganze Steiermark, worin derselbe eröffnet, daß auf seinen Vorschlag und durch Vermittelung des Dichters Anastasius Grün hierorts ein Comité mit der Wirksamkeit als Zillial-Berein zur Dresdener Schiller-Stiftung zusammengetreten sei und für diese Stiftung Geschenke einzusammeln und anzunehmen erklärt, welche an die nachbenannten Mitglieder des Vereines abgeführt werden können: Anton Graf Auersperg, Karl Graf Gleispach, Karl Gottfried Ritter v. Leitner, Karl Wilhelm Martini, Dr. Karl Rechbauer, Dr. Karl Steiner, Dr. Karl Weinhold, J. M. Graf Zedtwitz. — Herr v. Höltei wendet sich mit warmen Worten an die Humanität der Grazer, deren Beiträge — selbst in wenigen Kreuzern bestehend — er als willkommene Gabe bezeichnet. Der Zweck der Schiller-Stiftung geht dahin, ein Vermögen zu begründen, von dessen Zinsen arme deutsche Dichter und deren Familien unterstützt.

vor Mangel und Noth gerettet werden können. Zu der That ein Zweck, der würdig ist, daß ihm das Wort geredet wird.

Wien, 24. Februar.

† Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, wie tief das Vertrauen des Publikums bezüglich der allgemeinen Situation gesunken sei, so würde er in eben demselben Momente geliefert erscheinen, in welchem von allen Seiten Anstrengungen gemacht werden, die aufgeregte Stimmung wieder zu beruhigen, ohne daß diese Bestrebungen vom Erfolge begleitet worden wären. Es erschien begreiflich, daß, während man die Welt durch die auffallendsten Schritte in Alarm versetzte, dieselbe durch halbe Winke und Konjekturen Artikel sich nicht wieder besänftigen ließ. Aber es sind seitdem auch Thatfachen an die Stelle der Worte getreten, ohne in der öffentlichen Stimmung eine Modifikation hervorgebracht zu haben. Die seit dem 1. Jänner erfolgte neue Gruppierung der Mächte, so wie die Bestrebungen der Großmächte, eine Vermittlung anzubahnen, müssen als Thatfachen bezeichnet werden, welche in minder bewegter Zeit wohl von mehr Gewicht gewesen wären. Die Stellung Frankreichs von jetzt ist der Stellung Rußlands vor dem orientalischen Kriege nicht unähnlich. Mit der Gruppierung der Mächte war das Ende des Krieges entschieden. Alles, was zwischen dem Einrückten der Russen in die Fürstenthümer und dem Pariser Frieden lag, kann nur als Zwischenfall betrachtet werden. Sollte man in Paris aus den blutigen Vorgängen der jüngsten Vergangenheit gar keinen Nutzen gezogen haben? Es ist dies kaum zu glauben. Gingen aber die Tage des Krimfeldzuges nicht ganz spurlos an der Welt vorüber, dann ist auch der Friede gesichert. Was nun die Sendung Lord Cowley's betrifft, welcher in diesen Tagen hier eintreffen wird, so bezieht sich dieselbe offen nur auf die Frage, womit sich die Konferenz neuerdings beschäftigen soll, nämlich auf die Donaufürstenthümer. Allein, Niemand zweifelt daran, daß Lord Cowley eine weitergehende Mission hat, und daß dieselbe sich auf eine allgemeine Vermittlung beziehe, welche von England in den Differenzen zwischen Oesterreich und Frankreich versucht werden soll. Ja, Einige gehen noch weiter und wollen wissen, es sei zwischen Oesterreich und Preußen einerseits, und zwischen Preußen und England andererseits ein Uebereinkommen getroffen worden, dessen Resultate durch Lord Cowley in Paris vorgelegt worden wären und mit deren nicht allzu wesentlichen Modifikationen der eide Lord nun in Wien eintreffen werde, um dieselben dem hiesigen Kabinete vorzulegen. Allerdings ist diese letztere Version keine verführte Thatfache, ja, erscheint unter den gegenwärtigen Umständen vielleicht ein wenig allzu sanguinisch; aber Thatfache ist, daß sie zirkulirt und von vielen Seiten als ein fait accompli hingenommen wird, und demnach sind die Wirkungen, welche alle diese Thatfachen und Gerüchte auf die öffentliche Stimmung üben, nur sehr unbedeutend. Nicht nur in den finanziellen Kreisen und auf der Börse, sondern auch in dem großen Publikum dauert die allgemeine und tiefgehende Erregung fort, und die Leichtigkeit, mit welcher sich die mannigfaltigsten und unsinnigsten Gerüchte verbreiten, gibt für dieselbe Zeugniß.

Ein weiterer Faktor, welcher die Stimmung irrt und die Rechte des feinen Ende nahenden Carnevals beeinträchtigt, sind die ungünstigen sanitärischen Verhältnisse. Man macht sich nicht leicht einen Begriff von der enormen Anzahl von Kranken, welche die Bevölkerung Wiens gegenwärtig unter sich zählt. Allerdings haben der Typhus und die gefährlicheren Krankheitsfälle in letzter Zeit ein wenig abgenommen, doch sind sie keineswegs noch vollkommen verschwunden, und an ihre Stelle traten jene kleinen Leiden des menschlichen Lebens, welche man mit den Gattungsnamen der Grippe und der katarrhalischen Krankheiten begreift. Bei dem ist es ein schlechter Trost, wenn uns die Aerzte sagen, diese Zustände seien einzig und allein die Folge jener abnormen meteorologischen Verhältnisse, welche sich in diesem Winter permanent erklären, besonders da wirklich gar keine Aussicht vorhanden ist, daß dieselben so bald ein Ende nehmen. Seit acht und vierzig Stunden ist der antizipirte Frühling wieder verschwunden, und Sturm und Unwetter verkünden den beginnenden Nachwinter. Mit dem vor einigen Tagen in der Umgebung niedergegangenen Gewitter trat ein sehr empfindlicher Umschlag ein.

Unter diesen Umständen kann der gegenwärtige Fasching nicht wohl anders als sehr flau erscheinen, abgesehen davon, daß die doppelte Hoftrauer einen Hauptnerv desselben unterbunden hatte. So kam es, daß erst gestern in den kais. Appartements der erste Hofball stattfand. Die Bälle der hohen Aristokratie so wie des diplomatischen Korps werden folgen. Die großen Bälle der Residenz sind vorüber, und es erübrigt nur mehr der Clavendall, bei welchem man die Gegenwart Sr. Majestät des Kaisers hofft, die Carnevalabende der verschiedenen Künstlergesellschaften und die Redouten. Man hofft, daß die letzten Tage

des Carnevals wieder gut machen werden, was die ersten verbrachten. — Einstweilen spielt vor den Schranken des hiesigen Kriminalgerichtes ein Prozeß, der unsere feinen und eleganten Kreise vor Allem interessiert, da der Angeklagte noch vor Kurzem in diesen Sphären sich wie zu Hause fühlte, und dessen Opfer eben diesen Kreisen angehören. Man glaubt, daß der Prozeß Th... morgen seine Erledigung gefunden haben wird. Auch der Prozeß eines berühmten Wucherers, gemeinlich der „Armenwucherer“ genannt, geht zwischen heute und morgen zu Ende; es lagen gegen selben nicht weniger als 62 Fälle der Bewucherung vor, vor denen aber nur 44 klagbar gemacht werden konnten, die übrigen aber wegen Unbestimmtheit der Beträge fallen gelassen werden mußten.

Oesterreich.

* Einem diebställigen Rechenschaftsberichte entnehmen wir, daß sich im J. 1858 die Wiesenkultur und Drainage-Arbeiten in Steiermark in Thälern verbreiteten, wo seither noch keine derartigen Kulturen vorgenommen worden waren, und der Berichterstatter konnte sich bei der Ausführung der Arbeiten daselbst überzeugen, wie notwendig Beispiele erscheinen, um dieser Kulturgattung Eingang zu verschaffen. An derartigen Beispielen hat es im verflochtenen Jahre nicht gefehlt. Die ersten Drainage-Arbeiten wurden heuer in der Umgebung von Windischgrätz ausgeführt, die für die dortige Gegend von großem Erfolge sein können, da sich daselbst Tausende Jochs von verumpften Wiesen und braunadigen kalten Aeckern befinden, die wegen der Nähe der hohen Berge und der bedeutenden atmosphärischen Niederschläge noch weniger produktiv erscheinen müssen. Weiter wurden solche Arbeiten ausgeführt im Laßnitzthale, im Hornegg und St. Josef, Pöls, Gallenhofen, Altenmarkt, St. Martin, Herberstein und Thal, Brunnsee, Turnitz und Maria-Trost u. s. w. In Böhmen und Oesterreich sind eigene Wiesenkultur-Ingenieure angestellt, nämlich auf Rechnung der betreffenden landwirtschaftlichen Hauptvereine beider Kronländer. In Steiermark ist zwar eine derartige Anstellung noch nicht erfolgt, aber daß die steiermärkische Landwirtschaftsgesellschaft in besonderem Maße sich für Drainagekultur interessiert, geht schon daraus hervor, daß sie für die Erlassung gesetzlicher Bestimmungen zum Behufe der Ermöglichung und Erleichterung von Ent- und Bewässerungsarbeiten bereits angesucht hat, eine Bitte, die jedenfalls gewürdigt, inzwischen auch sorgsam geprüft und erwogen werden will. (O. G.)

Triest, 23. Febr. Die Schraubenfregatte „Dandolo“ ist von Venedig eingetroffen und hat in Anagnina Anker geworfen.

— Sc. f. Hohheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ferdinand Max ist heute Vormittags von Venedig hier angekommen.

— Aus Tunis, 25. Jänner, wird gemeldet, daß am 13. desselben Monats das österreichische Schiff „Pannonia“ von 507 Tonnen, Kapitän Stampi, an der Küste von Sidi David, wo es Wasser einnehmen wollte, völlig zu Grunde gegangen ist. Das Schiff war mit Weizen, Mais und Gummi beladen und auf dem Wege von Alexandria nach Liverpool. Die Mannschaft ist gerettet.

Deutschland.

Aus Tübingen, 17. Februar, wird der „Allg. Ztg.“ geschrieben: Der längere Aufenthalt des regierenden Herzogs von Sachsen-Koburg in Berlin wird in gut unterrichteten Kreisen in die engste Beziehung zur gegenwärtigen politischen Lage gebracht. Man versichert mit Bestimmtheit, daß dem in so intimer Verkehr mit den einflussreichsten Fürstenthümern stehenden Herzog wiederum, wie vor fünf Jahren, eine Vermittlerrolle übertragen worden sei, welche die Erhaltung des Friedens zum Zweck habe. Der Herzog ist dazu ausersehen, einen von Frankreich bereits gebilligten Vorschlag persönlich in Wien zu befürworten — einen Vorschlag, der dahin geht, daß die italienische Frage vor das Forum der nächsten wieder zusammen tretenden Konferenzen gezogen werden möge, während zugleich, vom Beginn der Verhandlung desselben, die französischen Truppen aus Rom, die österreichischen aus den Legationen sich zurückziehen hätten, um den Truppen einer neutralen Macht die Besetzung der genannten Punkte zu überlassen. Die Quelle, aus welcher obige Nachrichten fließen, ist eine zuverlässige.

— Berichten aus Kopenhagen zufolge ist dort in der Mitte des vorigen Monats ein Schreiben des Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Augustenburg an den König eingetroffen, von welchem bis jetzt Seitens des Ministeriums nur einzelnen bevorzugten Gesandten eine Mittheilung gemacht worden ist. Das Schreiben bezieht sich auf die von der dänischen Regierung bei den holsteinischen Ständen beantragte Anerkennung der Erbfolge des Londoner Protokolls, und bittet den König, diesen Antrag zurückzuziehen. Der Prinz erklärt in diesem Schreiben zugleich, daß, falls diese Bitte vergeblich sein sollte, er gegen jede Beein-

trächtigung seines Erbfolgerechtes in den Herzogthümern Schleswig-Holstein, sowie in der dänischen Monarchie überhaupt, protestire. Bekanntlich fehlt dem Londoner Vertrage vom 8. Mai 1852 noch die Zustimmung der zur Erbfolge berechtigten Agnaten. Man konnte damals von dänischer Seite nicht mehr erreichen, als daß der Herzog von Augustenburg erklärte, gegen die neue Thronfolge-Ordnung nicht aktiv auftreten zu wollen. — eine Erklärung, welche ihrer Natur nach persönlich war und nicht einmal einen Verzicht enthielt.

Karlsruhe, 18. Febr. Das Kriegsfeuer ist endlich auch hier ausgebrochen, und ist der Angriff, der von französischer Seite kam, glänzend zurückgeschlagen worden. Marquis de S. befand sich vor mehreren Tagen in hoher Gesellschaft, und sprach da in sehr aufgeregtem Ton über das Gebaren der süddeutschen Presse. Freiherr v. B., der ein bedeutendes Hofamt bekleidet, welcher ebenfalls unter den Gebeten sich befand, glaubte dem Repräsentanten des Kaisers seine Achtung und Verehrung dadurch beweisen zu müssen, daß er ihn auf möglichst bescheidene Weise einladet, in Berücksichtigung des Orts sich etwas zu mäßigen. Hierauf stellte der Franzose an den Freiherrn die Frage: ob denn die Aufregung, welche jetzt in Deutschland herrsche, auch auf längere Zeit fortbestehen werde? worauf Letzterer erwiderte, ich glaube, Ja! „Wenn dem so ist,“ versetzte der Marquis, „so werden Sie Krieg bekommen.“ „Den haben wir schon früher gehabt“, versetzte Freiherr v. B., „und ich hoffe, daß wir dabei einig sein und uns wieder so benehmen werden, wie in den Jahren 1813 und 1814.“ Marquis de S. verließ die Gesellschaft, und es ging das Gerücht, daß er nach Paris gereist sei, um sich bei dem Kaiser die Erlaubniß zu einem Duell zu erbitten. Dem ist aber nicht so. Es lag in den Worten des Freiherrn durchaus keine persönliche Beleidigung für den Marquis de S., sondern eine echt deutsche, kernhafte Zurückweisung einer Drohung, die dem französischen Herrn... gewiß nur in der Uebersetzung einschlüpfte ist.

Italienische Staaten.

Florenz, 21. Febr. Ein großherzoglicher Erlass befehlt die Aushebung eines Rekrutenkontingents von 1400 Mann.

— Unter jenen Blättern Piemonts, welche ihre revolutionären und republikanischen Gelüste nur mühsam mit sichtlichster Selbstüberwindung hinter der Maske des Patriotismus und der anscheinend uneigennütigen Hypernationalität verbergen, steht die „Unione“ bekanntlich oben an; in einem neuerlichen Artikel „come stanno le cose“ (wie die Dinge stehen), wiederholt sie ihren Lesern ihr stehendes Thema, wie Oesterreich den Frieden Italiens störe und Piemont bedrohe, in neuen Variationen, kann sich aber nicht enthalten, auch über England, weil es den piemontesischen Tendenzen seine Zustimmung verweigert, den Stab zu brechen, ihm den Vorwurf schuldigen Eigenmuths zu machen, und es vor dem Richterstuhle der Geschichte anzuklagen, es habe in den Verträgen Frankreich, Holland, Neapel, Spanien u. geschmälert und verfürzt und sei gemeinsam mit Oesterreich „jeder freien Entwicklung“ entgegengetreten. Nicht nur Italien, sondern auch Frankreich hätte daher das höchste Interesse an der Vernichtung der Verträge von 1815.

„weil Frankreich und die Napoleon'sche Dynastie angesichts der legalen Pedanterie Englands und Oesterreichs nie sicher sein können, so lange jene elenden Verträge bestehen werden, die ein Werk der Leidenschaft und Habgier und die Ursache so vieler Uebel in Europa sind.“

Dem Ausdrucke „elende Verträge“ (miserabili trattati) schließt sich in folgerichtiger Absicht die alltögl. wiederkehrende Aufzählung der provozirenden Schritte Oesterreichs gegen Piemont an; den Gipfel der Unverschämtheit erreicht die „Unione“ aber, wenn sie in deren Epochen in der unglücklichsten Weise zum mörderischen Königsmord aufgefordert wurde, der österreichischen Presse den Vorwurf macht, die „Gazzetta di Milano“ habe ein beleidigendes Sonett gegen Piemont gebracht, als der Kaiser von Oesterreich seine Hauptstadt Mailand besuchte.

Genova, 21. Februar. Die „Gazzetta di Genova“ meldet die Ankunft des piemontesischen Gesandtensträgers in Florenz, Herrn v. Buoncampagni; derselbe begibt sich ehestens nach Lurin.

Der „Courrier des Alpes“ versichert, die piemontesische Regierung gehe mit dem Gedanken um, die öffentliche Meinung gegen 2 ehrenwerthe, savoyen'sche Abgeordnete in Bewegung zu setzen, nämlich gegen die Herren Costa di Beauregard und De Viry. Es werde ihnen zum Vorwurfe gemacht, an einer Protestation Theil genommen zu haben, die als ein Akt der Parteinahme für das Ausland erklärt wird. Die „Unione“, ein Blatt von der ausgesprochensten demokratisch-revolutionären Farbe, ging in ihrer Feindseligkeit gegen die Haltung der savoyen'schen Bevölkerung so weit, die savoyen'sche Brigade sogar zweideutiger Bestimmung zu beschuldigen. Sie erhebt einstweilen

von zwei Obersten derselben eine kurze, trocken scharfe Antwort. Die „Gazette de Savoie“, die sich ebenfalls lebhaft gegen die savoyen'schen Deputirten ereiferte, ist weniger glücklich davon gekommen; wegen injuriöser Angriffe haben die obgedachten beiden Abgeordneten eine gerichtliche Klage gegen das Blatt anhängig gemacht.

Der „Bon sens“ in Annecy bringt einen Aufsatz über die Dispositionen des gegenwärtigen piemontesischen Ministeriums gegenüber Savoyen. Es wird darin unverholen ausgesprochen, daß dieses Land kein anderes Loos vor sich habe, als — die Würfel mögen fallen wie sie wollen — Anfangs benützt, später aufgeopfert zu werden. Dieser Undank, diese Geringschätzung verletzen das Land auf das Tiefste. „Ist es nicht billig, daß unsere ausgezeichneten Vertreter, ein Costa, ein de Viry, sich mit all ihrer Energie Plänen widersetzen, welche diese traurigen Resultate herbeiführen müssen. Wir danken den edlen und großherzigen Dolmetschern der Rechte und Gefühle ihrer Mitbürger für die wahren, verständigen und würdevollen Worte, die sie in der Sitzung des Parlaments vom 9. Februar mit bewunderungswürdiger Beredsamkeit sprachen. Die Gedanken, die sie entwickelten, die Gefühle, die sie ausdrückten, wir hegen, wir theilen sie. Unsere Freunde werden hierüber rechten und sich anschließen. Von einem Ende des Landes zum andern wird ein einziger Ruf der Liebe und Anhänglichkeit erschallen: „Es leben die Abgeordneten der Rechte! Es leben der Marquis de Costa und der Graf de Viry! Sie widersetzen sich dem Kriege als Sardinier und Savoyarden. Mit fast gänzlicher Einhelligkeit billigt Savoyen höchlich ihr Thun und unterstützt sie vom ganzen Herzen.“

Die übrigen savoyen'schen Blätter äußern sich, mit Ausnahme der offiziellen „Gazette de Savoye“, fast durchweg in diesem Tone.

Die „Union“ beschäftigt sich angelegentlich mit der Karte „Europa im Jahre 1860“ und meint, daß sie jedenfalls als das Resultat tiefer ethnologischer Studien und als ein beachtenswerther Fingerzeig zur Lösung der gegenwärtigen verwickelten Fragen angesehen werden müsse. Die Betrachtungen, wie glücklich die Völker sich bei dieser neuen Vertheilung fühlen würden, sind höchst ergötzlicher Natur. Desterreich, dem die Herrschaft über Egypten zugebracht ist, erhält das Kompliment, es werde wohl im Lande der Pharaonen nicht im Geiste der Ptolomäer walten, jedenfalls aber die Fesseln glücklicher machen, als es die Türken gethan. Mit allen Grenzbestimmungen die Karte kann sich die „Union“ aber denn doch nicht ganz zufrieden geben, und namentlich sind es die England zugeordneten Vortheile, die ihr unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zusagen wollen.

In Turin ist eine Broschüre erschienen, welche den Titel führt: Commentar zu der Schrift „Napoleon III. et l'Italie.“ Wie es heißt — Pariser Blätter versichern es sogar — ist der Verfasser oder Urheber der Graf Cavour. Der „Commentar“ stimmt dem Herrn de Lagueronniere überall bei, geht aber von der Ansicht aus, daß der Krieg eine Nothwendigkeit sei, und prüft nur, ob Sardinien ihn provoziren solle oder nicht. Cavour hält der „Commentar“ für das Zweckmäßigste. Er zitiert zu diesem Zwecke Stellen aus Machiavelli, diesem in Paris und Turin gegenwärtig so beliebten Schriftsteller.

In Turin geht seit einigen Tagen das Gerücht von einem Besuche, welchen Kaiser Napoleon in den nächsten Tagen dem Könige Viktor Emanuel abstatuen wolle.

Frankreich.

Der Pariser „Univers“ brachte neulich einen längeren Artikel über die Forderungen, welche die unionistische Partei in Italien aus der bekannten Broschüre des Staatsrathes Lagueronniere zieht und die noch viel weiter gehen, als die ohnedies waghalsigen Behauptungen und Aufstellungen dieses Autors selbst. Der „Independente“ z. B. begnügt sich nicht, die Unzulänglichkeit der Traktate zu erläutern; er stellt ganz keck in den Vordergrund der Diskussion, Piemont könne und solle bei der Erwägung der Frage, ob es sich defensiv zu erhalten oder offensiv vorzugehen habe, nur durch Opportunitätsrücksichten bestimmt werden. Man sieht, den schlechten Theorien wachsen die Flügel reichend schnell, sobald man sie einmal frei ausflattern läßt.

Der „Toulonnais“ meldet, daß in Folge der außerordentlichen Beschleunigung der Arbeiten die Toulonener Bahn bereits am 15. März spätestens dem Dienste für den Transport von Regierungssachen übergeben werden würde.

Großbritannien.

London, 22. Februar. Die neue österreichische Anleihe wird mit $1\frac{1}{2}$ Prozent diskontirt. (Parlaments-Verhandlungen v. 16. und 17. Februar.) In der Oberhaus-Sitzung vom 17. fragt Lord Grey, ob der in den Zeitungen erscheinende Bericht über gewisse Vorschläge, die Mr. Gladstone

als Lord Oberkommissär der jonischen Inseln gemacht habe, authentisch sei; ferner, wenn dieß der Fall, ob diese Vorschläge von der britischen Regierung gutgeheißen worden seien und ob das Ministerium etwas dagegen habe, dem Hause die betreffende Korrespondenz vorzulegen.

Der Unter-Staatssekretär für die Kolonien, Lord Carnarvon erklärt, die in den Zeitungen veröffentlichten Angaben seien vollkommen authentisch und richtig. Die verlangte Vorlegung der Korrespondenz sei im gegenwärtigen Augenblicke unstatthaft, da sie die Debatte im jonischen Parlament präjudiziren und in ungebührlicher Weise beeinflussen könne. Habe erst einmal das jonische Parlament seinen Spruch gefällt, so stehe der Vorlegung der Papiere nichts im Wege.

Lord Grey bemerkt hierauf, er beabsichtige, am nächsten Montag eine Adresse an die Krone zu beantragen, in welcher um Vorlegung der besagten Schriftstücke gebeten werde. Zugleich spricht er die Hoffnung aus, daß, schon ehe er diesen Antrag stelle, dem Hause der Einblick wenigstens in einen Theil der Aktenstücke gestattet werden möge. Lord Derby erklärt, sowohl die Vorlegung der Dokumente, wie eine Erörterung des angeregten Gegenstandes würde seiner Ansicht nach unter den obwaltenden Verhältnissen höchst unpolitisch sein.

Lord Ellenborough bittet um Auskunft darüber, welche Mittel dem Lord-Oberkommissär, falls die vorgeschlagene Verfassung angenommen werde, zu Gebote ständen, ein Ministerium zu entlassen, wenn die Minister keine Lust hätten, ihre Posten zu räumen. Laut besagter Verfassung müsse jeder Akt von dem Minister gegenzeichnet werden, und wenn ein Ministerium sich nicht selbst um's Leben bringen wolle, so gebe es keine Gewalt, die es zu beseitigen vermöge. (Heiterkeit.) Eben so wenig könne der Lord-Oberkommissär das Parlament ohne Einwilligung des gerade vorhandenen Ministeriums prorogiren oder auflösen, während doch die Prorogation oder Auflösung das einzige Mittel sei, die Gewalt des Ministeriums von sich abzuschnüdeln. Wenn ferner die Bestimmung in's Leben trete, kragt welcher der Senat eine längere Dauer als die zweite Kammer haben solle, so würde es nicht angehen, Senat und zweite Kammer zu gleicher Zeit aufzulösen.

Lord Derby lehnt nochmals eine eingehende Diskussion ab. Man werde die Vorschläge Gladstone's im jonischen Parlament zur Sprache bringen, um einen Meinungsausdruck des jonischen Volkes hervorzurufen. Der Premier bezeichnet die sieben Inseln als die „unabhängige Republik der jonischen Inseln“ und schließt mit den Worten: „Ihrer Majestät Regierung hat keine Kontrolle über die jonischen Inseln. Vertragsmäßig ist sie die Schutzmacht; andererseits aber bilden diese Inseln auch vertragsmäßig die unabhängige Siebeninsel-Republik. Ihre Legislation unterliegt nicht der Kontrolle des britischen Parlaments, obgleich für ihre Beschlüsse die Genehmigung Ihrer Majestät erforderlich ist. Wenn diese Genehmigung ertheilt oder verweigert worden ist, so steht es dem Parlamente frei, eine Ansicht über die Angemessenheit des in solcher Weise eingeschlagenen Verfahrens auszusprechen.“

Auf eine weitere Frage erwidert Lord Derby, die Vorschläge Gladstone's würden von den jonischen Kammermännern entweder en bloc anzunehmen oder zu verwerfen sein. Eine theilweise Annahme und Verwerfung sei nicht statthaft. Doch stehe es in der Macht des jonischen Parlaments, wünschenswerth scheinende Abänderungen anzugeben, in welchem Falle dann die Entscheidung über Annahme oder Verwerfung bei der Königin stände.

Im Unterhaus zeigt L. Duncombe an, er werde am Montag, 3. März, folgende Resolution beantragen:

„Da das Haus schon zwei Mal den Entscheid gefällt hat, daß ein Bekenner der jüdischen Religion hinfür bei Leistung des durch die vorjährige Akte vorgeschriebenen Eides die Worte: „und ich gebe diese Erklärung auf den wahren Christenglauben ab“, auslassen dürfe, so wird jetzt ferner beschlossen, daß das gleiche Verfahren in allen Fällen beobachtet werden soll.“

Crawford fragt den Schatzkanzler, ob es wahr sei, daß die englische Regierung mit der österreichischen eine Konvention beabsichtige der Errichtung einer Telegraphen-Verbindung mit Alexandria unter Zugrundelegung des Prinzips einer finanziellen Garantie von Seiten

Englands abgeschlossen habe; und ferner, ob, wenn dieß der Fall, die Regierung bereit sei, dem Hause eine Abschrift der erwähnten Konvention vorzulegen.

Der Schatzkanzler erklärt, die Präliminarien betreffs einer solchen Konvention seien allerdings bereits geordnet, und wenn der Vertrag abgeschlossen sei, so werde er natürlich dem Hause vorgelegt werden. Wenn er nach den bisher vereinbarten Bedingungen zu Stande komme, so werde er zwar eine finanzielle Garantie in sich schließen, jedoch keine unbedingte.

Donaufürstenthümer.

Die „Bukarester Deutsche Zeitung“ veröffentlicht einen Erlass Alexander Kouza's an den Minister des Aeußern folgenden Inhalts:

„Indem Wir entschlossen sind, in ehester Wälde einen neuen Geschäftsträger für die Relationen der vereinten Fürstenthümer Moldau und Walachei in Konstantinopel zu ernennen, so beauftragen Wir Sie hiermit, den gegenwärtigen Kapu-Kiaja Herrn Aristarchi für diese Geschäfte bei der hohen Pforte unverweilt seiner ferneren Funktion zu entheben und jeden Akt, welchen er etwa seit Unserer Wahl zum Regenten beider Länder abgeschlossen haben könnte, ohne Weiteres gänzlich zu annulliren.“

Telegramme.

Hamburg, 23. Febr. Die Antwort des Senats auf das Gesuch um Einführung der neuen Verfassung entwickelt in motivirter Weise, er könne dieselbe nicht einführen, weil die jetzt bestehende auf Grundrechten beruhe, und eine Repräsentativverfassung sei unthunlich, da die erbgesessenen Bürger ihre persönlichen Stimmrechte nicht aufgeben würden.

Paris, 24. Februar. Der „Constitutionnel“ meldet: „Es ist bekannt, daß Lord Cowley nach London berufen wurde, um mit dem Ministerium die Frage zu berathen, womit sich die Konferenz neuerdings beschäftigen wird.“

Man meldet aus London, der Lord sei nach seiner letzten Besprechung mit Lord Derby direkt nach Wien abgereist.

London, 22. Febr. Unterhaus-Sitzung Lord Palmerston will am Freitag die Aufmerksamkeit des Hauses auf die kontinentalen Zustände lenken, wosfern die Regierung nicht früher beruhigendes in Betreff der Fortdauer des Friedens mittheilen könne.

London, 22. Febr. Nach dem „Nord“ veröffentlicht der „Morning Herald“ in seiner zweiten Ausgabe eine Notiz in großen Lettern: „Es geht das Gerücht, der Prinz Napoleon habe eine kriegsrische Erklärung abgegeben und Graf Walenski habe seine Entlassung angeboten.“ (D. D. P.)

London, 23. Februar, Abends. Lord Cowley ist eben nach Wien abgereist, um, wie die Blätter melden, der kaiserlich österreichischen Regierung Englands freundschaftliche Rathschläge persönlich mitzutheilen.

London, 24. Februar. „Times“ bespricht die Senierung Lord Cowley's nach Wien. Sie zweifelt, ob Englands Bemühungen, dem Kaiser umzustimmen, großen Erfolg gehabt, hofft aber, Oesterreich werde verständliche Entschlüsse fassen, soweit seine Ehre es gestatte.

Lord Palmerston wird morgen zunächst noch keine eingehende Debatte mit regelrechter Abstimmung veranlassen.

Die Unternehmung des transatlantischen Telegraphen erhält, im Falle sich dieser praktikabel zeigt, eine Regierungs-Garantie von 8 Prozent für 25 Jahre.

Getreid-Durchschnitts-Preise

in Laibach am 23. Februar 1859.

Ein Wiener Megen	Marktpreise		Magazins-Preise	
	in österr. Währ.			
	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	4	49	4	86 $\frac{1}{2}$
Korn	2	80 $\frac{1}{2}$	2	80
Halbschrot	—	—	3	41 $\frac{1}{2}$
Gerste	2	45 $\frac{1}{2}$	2	43
Hirse	2	52	2	46 $\frac{1}{2}$
Fleiden	2	52 $\frac{1}{2}$	2	48 $\frac{1}{2}$
Hafer	—	—	2	—
Aufzucht	—	—	3	6 $\frac{1}{2}$

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Tag	Zeit der Beobachtung	Barometerstand	Lufttemperatur nach Reaumur.	Wind	Witterung	Niederschlag binnen 24 Stunden in Pariser Linien
24. Februar	6 Uhr Morg.	329.02	+ 0.1 Gr.	N. schwach	theilw. bedeckt	0.00
	2 „ Nachm.	327.67	+ 7.2 „	NW. mittelm.	ditto	
	10 „ Abd.	327.67	+ 2.8 „	NW. mittelm.	ditto	
25. „	6 Uhr Morg.	328.26	— 1.6 Gr.	NW. schwach	theilw. bedeckt	0.00
	2 „ Nachm.	327.37	+ 11.2 „	WSW. mittelm.	leicht überzogen	
	10 „ Abd.	227.92	+ 4.0 „	WSW. schwach	heiter	

